Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.

Aktuell seit 03.11.2026 16:31:58

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003333
Ersteintrag:	11.03.2022
Letzte Änderung:	03.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	01.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Arbeitgeberverband
Kontaktdaten:	Adresse: Schumannstraße 17 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493020454849 E-Mail-Adressen: bbb@bildungsverband.info soeren.kosanke@bildungsverband.com service@bildungsverband.info Webseiten: www.bildungsverband.info

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
110.001 bis 120.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Thiemo Fojkar**
   Funktion: Vorsitzender des Vorstandes
2. **Petra Densborn**
   Funktion: stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes
3. **Achim Albrecht**
   Funktion: stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Katharina Paff**
2. **Dennis Sohner**
3. **Sören Kosanke**
4. **Bettisa Moradkhan**
5. **Thiemo Fojkar**
6. **Petra Densborn**
7. **Achim Albrecht**

Gesamtzahl der Mitglieder:
190 Mitglieder am 30.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (13):

1. Europäischer Verband beruflicher Bildungsträger · EVBB
2. Europäische Bewegung Deutschland · EBD
3. Bundesverband mittelständische Wirtschaft Unternehmerverband Deutschlands e.V.· BVMW
4. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung · DIE
5. Nationales Forum Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung · Nfb
6. Europäischer Verband der Arbeitgeber im Bildungswesen · EFEE
7. Bündnis Ökonomische Bildung · BÖB
8. Deutscher Weiterbildungstag · DWT
9. Rat der Weiterbildung · KAW
10. Fachmesse für alle Bildungsperspektiven · Didacta
11. Allianz der Chancen
12. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
13. Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):
Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik; Berufliche Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Integration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Arbeitslosenversicherung; Grundsicherung; Rente/Alterssicherung; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V. , kurz: BBB, ist ein Zusammenschluss maßgeblicher Anbieter von Bildungsprogrammen in Deutschland. In seinen Mitgliedsunternehmen und -verbänden unterstützen jährlich Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Menschen mit qualitätsgeprüften Aus- und Weiterbildungen bei der Verbesserung ihrer beruflichen Chancen.

Ziele des Bildungsverbandes:

Der Bildungsverband bündelt die gemeinsamen Interessen der Mitglieder, formuliert politische Forderungen (etwa in Form von Positionspapieren und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) und versucht, diesen Interessen Geltung zu verschaffen – in unternehmens-, bildungs- und sozialpolitischen Angelegenheiten.

Zu diesen Interessen zählen u.a. die Einflussnahme auf Förderstrukturen und Förderbudgets von Weiterbildungsmaßnahmen des BMAS/der Bundesagentur für Arbeit, das Maßnahmen- und Trägerzulassungssystem (AZAV), auf gesetzliche Grundlagen, die die Arbeit der Träger direkt oder indirekt betreffen (z.B. das Qualifizierungs-Chancen-Gesetz) und generell die Mittelvergabe durch den Haushaltsgesetzgeber.

Die Mitglieder des Bildungsverbandes haben eine gesonderte Zweckgemeinschaft gebildet, die arbeits- und tarifrechtliche Regelungen für die Branche entwickelt.

Zum Zwecke der Interessenvertretung führt der Bildungsverband Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertreterinnen und Vertretern in den relevanten Bundesministerien.

Konkrete Regelungsvorhaben (26)

1. **Klärung des Status von Freiberuflern**

   Beschreibung:

Der Bildungsverband will erreichen, dass der Beschäftigten-Status von Freiberuflern in der Weiterbildung geklärt wird. Ziel ist, Rechtssicherheit für die Verbandsmitglieder, möglichst in einer Form, die ihnen weiterhin unternehmerische Flexibilität ermöglicht.

Hintergrund ist das sogenannte „Herrenberg-Urteil“. Demnach müssen Honorarkräfte in bestimmten Fällen wie fest angestellte Mitarbeiter:innen behandelt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406280062** (PDF - 13 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.05.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. **Begrenzung der Unterrichtseinheiten zurücknehmen**

   Beschreibung:
   Eine Neuregelung des BAMF sieht vor, dass Lehrkräfte mit 40-Stunden-Verträgen bei Berufssprachkursen nur 29 Unterrichtseinheiten (UE) pro Woche in Integrations- und Berufssprachkursen unterrichten sollen. Diese neue Vorgabe engt den Gestaltungsspielraum der Kursträger weiter ein – vor dem Hintergrund bereits massiv eingeschränkter Rahmenbedingungen. Insbesondere Träger mit einem gemischten Kursportfolio – also einer Kombination aus Integrationskursen, Berufssprachkursen und gegebenenfalls frei finanzierten Selbstzahlerkursen – stehen vor organisatorischen Problemen.

   Interessenbereiche:
   Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

3. **Modernisierung Arbeitslosenversichung und Arbeitsförderung im Sinne hoher Qualität bei Beratung**

   Beschreibung:
   Die Intention des geplanten Gesetzes wird grundsätzlich begrüßt. Es wird gefordert, dass die Aufgabentrennung von Verwaltungseinheiten eingehalten und das Gesetz im Sinne einer weiter hohen Intensität und Qualität der Beratung ausgestaltet wird.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Referentenentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung
Datum des Referentenentwurfs: 06.07.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitslosenversicherung [alle RV hierzu]; Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504230020** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

4. **Jahressteuergesetz - Umsatzsteuerbefreiung beibehalten**

Beschreibung:
Es wird angestrebt, dass die geplante Änderung des § 4 Nr. 21 UStG-E bei der Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen beibehalten wird.
Es wird sich für ein Bescheinigungsverfahren für die Steuerfreiheit der Bildungsleistungen nicht öffentlicher Bildungseinrichtungen eingesetzt.
Es werden Klarstellungen bei der Steuerbefreiung von Bildungsleistungen nach SGB II und SGB III gefordert.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12780 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504230022** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.07.2024 an:

   Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

5. **Berufsbildungsvalidierung: Nötige Rahmenbedingungen für Digitalisierung schaffen**

Beschreibung:
Es wird gefordert, dass Berufe außerhalb des dualen Berufsausbildungssystems sowie Teilqualifizierungen berücksichtigt werden. Mit Bezug auf die Entwicklung der Digitalisierung wird gefordert, dass die nötigen Rahmenbedingungen (organisatorisch, personell, finanziell, infrastrukturell) geschaffen werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Referentenentwurf für ein Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz
Datum des Referentenentwurfs: 05.12.2023
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504230025** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. **Schwellenwerte bei Tariftreuegesetz niedrig ansetzen, Änderungen bei Gutscheinmaßnahmen, Klarstellungen bei Auftraggeber**

Beschreibung:
Es wird sich dafür eingesetzt, dass der Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrages von den Tarifvertragsparteien gemeinsam gestellt werden sollte.
Es wird gefordert, dass die Schwellenwerte für die Anwendung des Gesetzes so niedrig wie möglich gehalten werden sollten.
Es wird eine separate Regelung bei Gutscheinmaßnahmen gefordert.
Es wird eine Klarstellung gefordert, welche öffentlichen Stellen als Auftraggeber gelten.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/14345 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)
1. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMAS): Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und weitere Maßnahmen (Tariftreuegesetz) (20. WP) (Vorgang)
Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und weitere Maßnahmen (Tariftreuegesetz) (20. WP) (Vorgang)

Interessenbereiche:
Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504230026** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.10.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. **Gesamtprogramm Sprache - Planungssicherheit für Bildungsträger gewährleisten**

Beschreibung:
In dem Bildungsbereich tätige Akteure, Trägerverbände und Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräftefordern fordern die Bundesregierung auf, das Gesamtprogramm Sprache (Integrationskurs- und
Berufssprachkurssystem) zukunftsfähig zu stärken. Der BBB will erreichen, dass Bildungsträger ausreichende Planungssicherheit haben und strebt eine dauerhaft ausreichende Finanzierung an, die
regelhaft Dauerbeschäftigung in der Branche ermöglicht.

Interessenbereiche:
Integration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

8. **Bundeshaushalt 2025 - Kürzungen bei SGB II sollten zurückgenommen werden**

Beschreibung:
Der BBB spricht sich gegen eine Kürzung des Gesamtbudgets im SGB II aus. Es muss ausreichend Geld für Eingliederung zur Verfügung gestellt werden, um Personen mit hohem Beratungsbedarf, wie arbeitsmarktferne oder geflüchtete Menschen mit noch geringen Sprachkenntnissen, erfolgreich zu beraten und in Arbeit und damit in Gesellschaft zu integrieren.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12400 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Grundsicherung [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504240006** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.09.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

9. **Integrationskursverordnung - Ausreichende Finanzierung von Integrationskursen sicherstellen**

Beschreibung:
Der BBB fordert eine ausreichende Finanzierung der Integrationskurse, weiter einen Zugang für eine breite Zielgruppe und weniger bürokratische Belastungen der Träger.

Referentenentwurf:
Fünfte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 10.10.2024
Federführendes Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
IntV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Integration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504240007** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. **Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für Integrationssprachkurse**

Beschreibung:
Forderung nach mehr Mittelzufluss in Form einer überplanmäßigen Ausgabe für Integrationssprachkurse

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506110031** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

11. **BBB setzt sich ein für Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes**

Beschreibung:
Im Rahmen der Verbändeanhörung begrüßt der Bildungsverband in seiner Stellungnahme die Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes durch ein Tariftreuegesetz. Der BBB fordert die Einhaltung der Tariftreue für alle Jobcenter unabhängig ihrer Trägerkonstellation, die Ergänzung anderer Arten der öffentlichen Finanzierung zum Anwendungsbereich, die Senkung des derzeit geplanten Schwellenwertes unter 50.000 Euro, und
keine zusätzlichen Belastungen durch Bürokratie für Bildungsträger.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1941 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)
1. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMAS): Tariftreuegesetz (Vorgang)
Referentenentwurf (BMWE): Tariftreuegesetz (Vorgang)

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509260038** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.07.2025 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

12. **BBB setzt sich dafür ein, dass ukrainische Geflüchtete weiterhin Zugang zu den Eingliederungsleistungen erhalten sollten**

Beschreibung:
Der BBB will erreichen, dass die Vorschläge der Bundesregierung dahingehend angepasst werden, dass ukrainische Geflüchteten nach § 24 AufenthG weiter uneingeschränkt Anspruch auf SGB II Eingliederungsleistungen sowie Anspruch auf Integrationskurse (BAMF) und Berufssprachkurse haben.
Anschlussmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung sollten ermöglicht werden, insbesondere dann, wenn durch die Gesetzesänderung keine Chance mehr bestand, die Eignung einer Anschlussmaßnahme zu prüfen und zu bewilligen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/3539 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gewährung von Leistungen für Personen, die in Anwendung der Richtlinie 2001/55/EG eine Aufenthaltserlaubnis zur Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz erhalten oder beantragt haben
(Leistungsrechtsanpassungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMAS): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gewährung von Leistungen für Personen, die in Anwendung der Richtlinie 2001/55/EG vom 20. Juli 2001 eine Aufenthaltserlaubnis zur Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz erhalten oder beantragt haben (Leistungsrechtsanpassungsgesetz) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 2 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Grundsicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509260039** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 18.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

13. **BBB setzt sich für auskömmliche Mittelausstattung des Eingliederungstitels und für Berufs- und Integrationssprachkurse ein**

Beschreibung:
Der BBB setzt sich dafür ein, dass der Eingliederungstitel im Bundeshaushalt auskömmlich mit Mitteln ausgestattet wird, damit Eingliederungsmaßnahmen in ausreichendem Maße durchgeführt werden können, um den arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen gerecht zu werden. Auch eine auskömmliche Ausstattung von Berufssprach- und Integrationskursen soll erreicht werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/600 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509300189** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. **BBB setzt sich für finanzielle Ausstattung und Ausgestaltung des Digitalpaktes Weiterbildung im Sinne der Träger ein**

Beschreibung:
Der Digitalpakt Weiterbildung soll dergestalt ausgestaltet und ausgestattet werden, dass Weiterbildungsträger die digitale Transformation bewältigen können.

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509260075** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

15. **BBB setzt sich ein für einen angepassten Gesetzentwurf zum 13. SGB II Änderungsgesetz ein**

Beschreibung:
Die Stellungnahme hat zum Ziel Einfluss auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum 13. SGB II Änderungsgesetz zu nehmen, und zwar dergestalt, dass die Voraussetzungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verbessert werden.

Referentenentwurf:
Gesetz zur Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 12.11.2025
Federführendes Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602030021** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

16. **Reform des Systems der Träger- und Maßnahmenzulassung (AZAV)**

Beschreibung:
Die Bundesregierung plant eine Vereinfachung des Systems der Träger- und Maßnahmenzulassung (AZAV). Der BBB setzt sich dafür ein, dass Prüfverfahren vereinfacht, die Träger von Bürokratie entlastet werden und Qualität stärker in den Fokus rückt.

Betroffenes geltendes Recht:
AZAV [alle RV hierzu]; SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611030019** (PDF - 17 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

17. **Positionierung gegen mögliche AZAV-Befreiung staatlicher Einrichtungen**

Beschreibung:
Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder hat die Forderung beschlossen, dass staatliche Einrichtungen wie Berufsschulen von der Träger- und Maßnahmenzulassung AZAV befreit werden wollen. Der BBB setzt sich dafür ein, Bildungsträger und staatliche Einrichtungen gleich behandelt werden und dass dementsprechend auch künftig AZAV-Prüfungen stattfinden sollten. Doppelprüfungen allerdings sollten abgeschafft werden.

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603250020** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

18. **Nationale Weiterbildungsstrategie mit konkreten Maßnahmen unterfüttern und Bildungsträger beteiligen**

Beschreibung:
Die Nationale Weiterbildungsstrategie formuliert wichtige Ziele, um Weiterbildung und Beteiligung an Weiterbildung zu stärken. Es fehlt aber ein verbindlichen Maßnahmen, ausreichender Finanzierung und struktureller Beteiligung der Bildungspraxis an dem Diskussions- und Umsetzungsprozess.

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

19. **Sozialstaatsreform - Maßnahmen stärken, statt wegzukürzen**

Beschreibung:
Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, die Wirkung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu überprüfen. Es droht, dass Maßnahmen einem Spardruck zum Opfer fallen. Der BBB setzt sich für einen auskömmlichen und handlungsfähigen Sozialstaat, wirkungsvolle Maßnahmen und die Beteiligung der Bildungspraxis an der Überprüfung und Verbesserung von Maßnahmen ein.

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611030005** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

20. **Zulassungsstopp freiwilliger Integrationskurse aufheben**

Beschreibung:
Die Bundesregierung hat die Zulassung freiwilliger Integrationskurse gestoppt. Der BBB setzt sich für die Wiederaufnahme, mindestens für eine Kompensation, ein, da der Stopp aus Sicht des BBB Integration gefährdet, die Fachkräftesicherung und Trägerstrukturen schwächt.

Interessenbereiche:
Integration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603310029** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.02.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

21. **BBB setzt sich für eine moderne und digitale Arbeitsverwaltung und die Beteiligung der Bildungspraxis an der Entwicklung ein**

Beschreibung:
Ziel ist eine Arbeitsverwaltung, die Prozesse digitalisiert und vereinfach und die bürokratischen Aufwände auch für Bildungsträger senkt. Bei der Entwicklung sollte die Bildungspraxis beteiligt werden. Maßnahmen der Arbeitsförderung sollten für mehr Menschen zugänglich gemacht werden (z.B. ein Recht auf Nachholen eines Schulabschlusses, Bildungsträger sollten bei der Erprobung einer Beschäftigungsperspektive mit einbezogen werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Arbeitsförderung
Datum des Referentenentwurfs: 15.06.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2607010017** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. **SG2611030015** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

22. **BBB setzt sich für einen breiteres Zugang zur Aufstiegs-Fortbildung ein**

Beschreibung:
Eigenanteil an der Fortbildung sollte weiter gesenkt werden und die Unterhaltsförderung sollte auch auf Teilzeitmaßnahmen ausgeweitet werden, um den möglichen Kreis der Teilnehmenden weiter zu erhöhen. Eine Kofinanzierung sollte etwa auch für Stiftungen ermöglicht werden.

Referentenentwurf:
Fünftes Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 20.04.2026
Federführendes Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
AFBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607010016** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

23. **BBB setzt sich für eine Reform des FernUSG im Sinne von mehr Qualität und weniger Bürokratie ein**

Beschreibung:
Der BBB setzt sich für eine Neuregelung ein, die Klarheit schafft, Qualität sichert und den Aufwand
für Bildungsanbieter verringert. Er hält an seiner Position fest, dass eine grundlegende Modernisie
rung des FernUSG gegenüber einer vollständigen Abschaffung vorzugswürdig ist. Der allgemeine
Verbraucherschutz allein bildet aus Sicht des BBB die Besonderheiten von Bildungsleistungen nicht
vollständig ab.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Fernunterrichts (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 27.08.2026
Federführendes Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
FernUSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611030006** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

24. **Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) sollte auch im Bundeshaushalt 2027 auskömmlich ausgestattet sein**

Beschreibung:

Gerade der Mittelstand braucht dafür verlässliche Rahmenbedingungen. Kleine und mittlere Unternehmen
stehen für Innovation, Beschäftigung und Wertschöpfung in den Regionen. Wer ihre Investitions- und
Innovationskraft stärken will, muss deshalb nicht nur entlasten, sondern auch dafür sorgen, dass bewährte
Instrumente für Forschung, Entwicklung und Technologietransfer verlässlich zur Verfügung stehen.
Der derzeitige Antragsstopp beim Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) steht dazu in einem deutlichen Widerspruch. Das ZIM sollte wieder geöffnet, Förderlücken geschlossen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7300 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2027 (Haushaltsgesetz 2027 - HG 2027)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611030008** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.08.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

25. **BBB begrüßt Vorstoß zu "neuer Selbstständigkeit" und fordert weitere Anpassungen**

Beschreibung:
Der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) nimmt Stellung zum inoffiziellen Referentenentwurf zur Erleichterung der Feststellung des Erwerbsstatus der Selbstständigkeit im Sozialversicherungsrecht („Neue Selbstständigkeit“) für rechtssichere und praxistaugliche Regelungen zur Beschäftigung selbstständiger Lehrkräfte ein. Gefordert werden insbesondere eine Vermutungsregelung für nebenberuflich Selbstständige mit Beitrags- und Versicherungsfreiheit, eine klare und rechtssichere Ausgestaltung der Kriterien zur Feststellung des Erwerbsstatus sowie die Vermeidung zusätzlicher bürokratischer Belastungen durch die Abführung von Rentenversicherungsbeiträgen durch Auftraggeber.

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611030014** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.07.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

26. **BBB setzt sich im parlamentarischen Verfahren für Anpassungen des Gesetzentwurfes zur Modernisierung und Digitalisierung der Arbeitsförderung**

Beschreibung:
Der BBB setzt sich für eine umfassende Digitalisierung der Verwaltungsverfahren und der beruflichen Weiterbildung ein. Gefordert werden insbesondere durchgängige, medienbruchfreie digitale Prozesse zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Bildungsträgern, standardisierte Datenschnittstellen sowie die digitale Abwicklung von Gutscheinen, Teilnehmerverwaltung und Abrechnung. Darüber hinaus sollen Bildungsträger Zugang zu relevanten Kompetenzprofilen erhalten und an deren Weiterentwicklung mitwirken können. Der BBB fordert zudem die rechtliche Anerkennung digitaler, hybrider und KI-gestützter Lernformen. Ziel ist eine praxistaugliche, bürokratiearme und innovationsfreundliche Arbeitsförderung.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7870 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Digitalisierung der Arbeitsförderung
Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611030018** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.09.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
590.001 bis 600.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Jahresabschluss-2025-BBB-gekuerzt-LR.pdf